

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 96 (1970)
Heft: 15

Artikel: "Warten auf Schwarzenbach?" : zweiter Teil einer Betrachtung zur Ueberfremdungsinitiative II
Autor: Knobel, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-509574>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

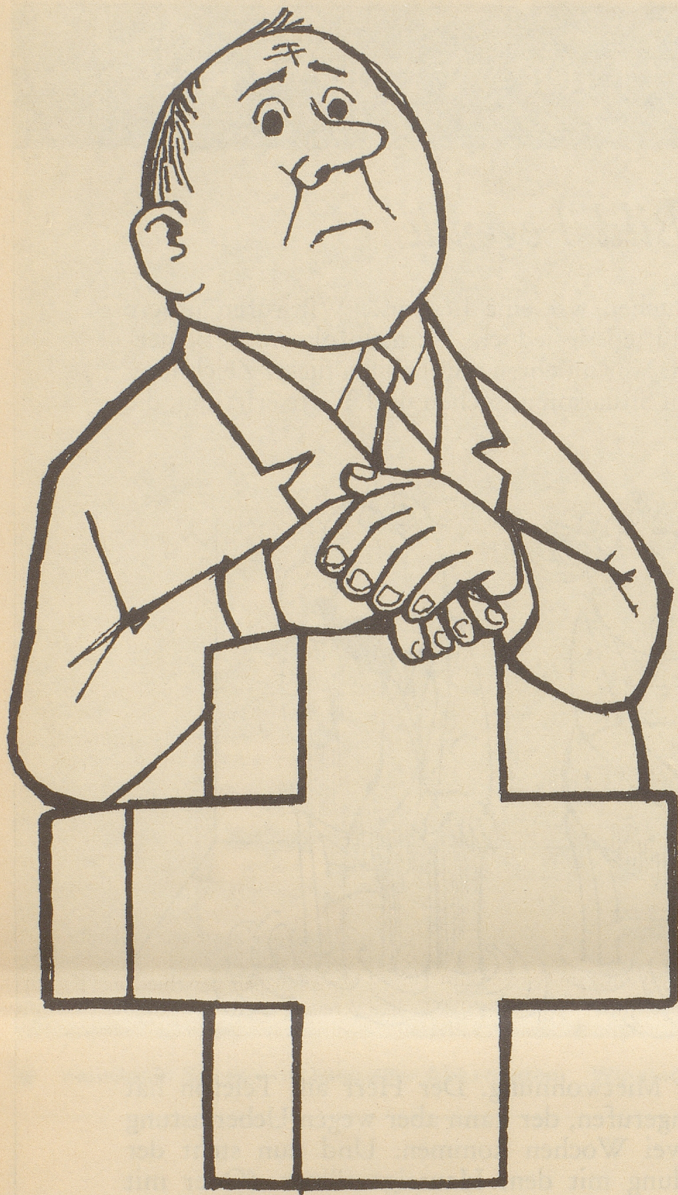
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



«Warten auf Schwarzenbach?»

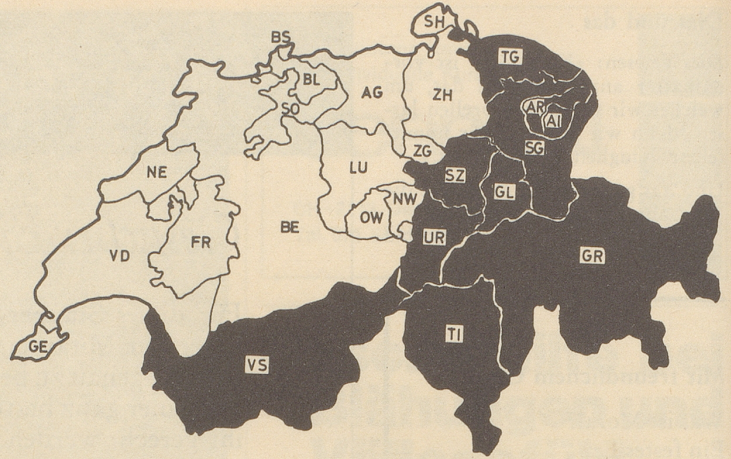
Zweiter Teil einer Betrachtung zur Ueberfremdungsinitiative II

Mangelnde Fairness

Ich pflege den Wert eines Votums ein wenig auch zu beurteilen nach der *Art*, wie der Votant dafür argumentiert. Ich glaube noch immer daran, daß eine Sache um so einleuchtender erscheint, je mehr man dafür nackte und überprüfbare Fakten sprechen läßt. Aber gerade

in dieser Beziehung mißfällt mir an der Propaganda für die Initiative Schwarzenbach einiges und macht mich mißtrauisch.

In einer Propagandaschrift, betitelt «Irrführung durch den Bundesrat», heißt es beispielsweise, 20 % der Bevölkerung seien Ausländer. Das stimmt. Auf einem Kartenbild wird sodann gezeigt:

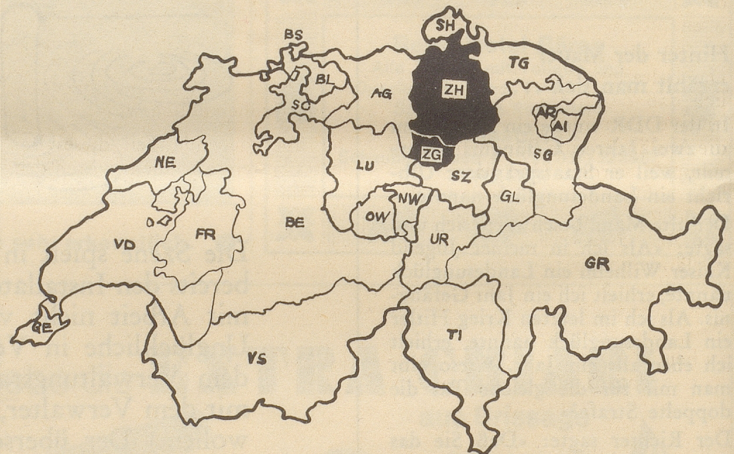


Diese 20 % Ausländer könnten die einheimische Bevölkerung der schwarz ausgemalten Kantone voll ersetzen. Das stimmt auch. Aber man wählte für diese Grafik (wohl nicht so ganz zufällig) einige der am dünnsten besiedelten Kantone – auf daß es *den Anschein* machte, als sei die Schweiz (gebietmäßig) zur Hälfte überschwemmt von Ausländern. Es wäre natürlich zu wenig eindrucklich gewesen – ich verstehe wohl! –, wenn man, was *auch* stimmt, *das* gezeigt hätte:

das halte ich für unfair – und für äußerst gefährlich.

Um nicht mißverstanden zu werden

Ich wiederhole, was ich im ersten Teil schon gesagt habe: Ich bin ein Schweizer und möchte, daß die Schweiz die Schweiz bleibt; ich bin mir aber bewußt, daß sie sich verändern wird, verändern muß, so, wie sie sich seit ihrem Bestehen



Nämlich daß die Ausländerzahl etwa den Schweizern in den Kantonen Zürich und Zug entspricht. Ich werde stets ein bißchen wütend, wenn eine Propaganda mein Denkvermögen unterschätzt.

Im gleichen Prospekt heißt es auch, «dieses Uebermaß» an Ausländern führe «zur Katastrophe». Hier hätte ich zu gerne erfahren, inwiefern dieses unbestrittene Uebermaß (das ja schon besteht), eine Katastrophe ist bzw. was Herr Schwarzenbach unter Katastrophe versteht.

Im Prospekt heißt es auch, die Unterzeichner der Initiative seien nur «gegen die Ueberzahl der Ausländer in unserer schönen Schweiz». Auch ich bin der Ueberzeugung, daß unsere Schweiz schön ist. Aber der Satz «gegen die Ueberzahl der Ausländer in unserer schönen Schweiz» klingt mir – bin ich wirklich zu empfindlich? – etwas zu sehr so, als ob er zu nicht ganz schönen Emotionen animieren wolle. Und

ständig hat verändern müssen. Aber ich glaube, daß wir die Zahl der Ausländer in der Schweiz nicht wild anwachsen lassen dürfen, sondern daß wir sie zu beschränken (und damit auch uns einzuschränken) haben.

Mit der Initiative Schwarzenbach wird eine Lösung vorgeschlagen. Ich persönlich lehne sie ab, weil ihre Verwirklichung zu große und auch unnötige Nachteile mit sich brächte und weil ich lieber auf die Lösung gemäß Bundesratsbeschluß, der jüngst in Kraft gesetzt wurde, setze, als die schlechte und m. E. gefährliche zu wählen. Damit möchte ich der Meinung Ausdruck geben, daß man *gegen* Schwarzenbach und dennoch *für* Maßhalten sein kann.

Sündenböcke

Wenn ich glaube, die Initiative sei gefährlich, so meine ich das nicht

nur im Hinblick auf die Wirtschaft und damit auf unser aller Wohlstand, sondern noch in anderer Hinsicht.

Industrialisierung, Wirtschaftsaufschwung, Erhöhung des Lebensstandards, Ueberhandnehmen des Verkehrs und zahlreicher Immis-sionen – kurz: alle die unzähligen zivilisatorischen «Fortschritte» mit allen ihren vielfältigen, oft komplexen politischen und sozialen Folgeerscheinungen haben in uns ein diffuses, unbestimmbares Unbehagen erweckt. Alles verändert sich, und es verändert sich überdies immer rascher; vieles ist neu zu überdenken, neu zu lösen; wir halten mit dem Anpassen an die Veränderungen kaum oder nicht mehr Schritt ... Kein Mensch, der nicht aus solchen Gründen ein Unbehagen spürt.

Es scheint mir nun höchst gefährlich, alle diese verschiedenen Arten von Unbehagen auf *einen* Grund zurückzuführen, nämlich – wie es oft geschieht – auf die Ausländer. Ich habe zahllosen Diskussionen um die Ausländerfrage beigewohnt und immer wieder feststellen müssen, wie rasch sie abglitt auf jene Ebene, wo einfach jeder sich Luft machte aus irgendeinem Unbehagen, das ihn zwar wirklich bedrückte, mit den Ausländern jedoch nichts, aber auch gar nichts zu tun hat.

Das halte ich für gefährlich, nämlich daß das Befürworten der Initiative zum bloßen Ventil wird, die Ausländer zum Sündenbock gestempelt werden. Und das ist deshalb gefährlich, weil der, welcher so denkt, glaubt, die Ursache für sein Unbehagen werde mit dem Ausländerabbau verschwinden. Und weil dieser Glaube ihn daran hindert, etwas zu tun, um die *wirklichen* Ursachen für das Unbehagen zu beheben. Zu viele, so glaube ich, warten darauf, bis sich alles, alles (von selbst) zum Guten wende, wenn nur endlich die Zahl der Ausländer («in unserer schönen Schweiz» reduziert sei.

Ich wage die Behauptung, daß letzten Endes nicht das Ueberfremdungsproblem Herrn Schwarzenbach in seinen Nationalratssessel gehoben hat, sondern das allgemeine Unbehagen angesichts «unserer Zeit», und der Irrglaube, daran seien «die Ausländer» schuld.

Die vielzitierte Infrastruktur

Wie häufig manche Schweizer geneigt sind, den «Schwarzen Peter» für alles und jedes den Ausländern zuzuschreiben, zeigt sich in der vielgehörten Behauptung, die Fremdarbeiter nützten zwar unserer Wirtschaft, größer als ihr Nutzen sei jedoch ihre Belastung für unsere Infrastruktur.

Es ist in der Tat so, daß der Ausbau unserer Infrastruktur einen großen Einsatz an Mitteln und Ar-

beitskräften erfordert. Dieser Einsatz ist aber nur zu einem kleinen Bruchteil von den Ausländern verursacht. Ohne Zweiten Weltkrieg wäre bei guter Konjunktur bereits in den vierziger Jahren ein weiterer Ausbau der Infrastruktur erfolgt. Viele öffentliche Einrichtungen wurden in den Dreißigerjahren infolge der Wirtschaftskrise und der Finanzknappheit bei Bund, Kantonen und Gemeinden sowie infolge Mangels an Baumaterialien und Arbeitskräften während des Krieges nicht erweitert. Schließlich wurden die Erweiterungen nach dem Krieg während vieler Jahre zurückgestellt, weil man sie als «Arbeitsbeschaffungsreserven» für schlechtere Zeiten zurückhalten wollte. So ergab sich mit der Zeit ein gewaltiger zurückgestauter Bedarf, der nun im letzten Jahrzehnt rasch gedeckt werden mußte. Der Ausbau des Straßennetzes, der Alpentunnels, der Kraftwerke, der Flughäfen, Kläranlagen, Kehrverbrennungsanlagen, der Mittel- und Hochschulen, Verwaltungsgebäude usw. usw. mußte unabhängig von der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte erfolgen. Einen ins Gewicht fallenden zusätzlichen Bedarf kann der Anwesenheit von Fremdarbeitern höchstens etwa bei Spitälern und Volksschulen zugeschrieben werden. Zum zurückgestauten Nachholbedarf kommt nun aber noch der Vorholbedarf, da heute allgemein auf viel weitere Sicht geplant wird, als das früher üblich war ...

Der überwiegende Teil dieses Bedarfes besteht also nicht wegen den Fremdarbeitern; soweit er aber gedeckt werden konnte, geschah dies nur *danke* auch der Fremdarbeiter.

Im übrigen sind die Ausländer nicht etwa nur Nutznießer der Infrastruktur, sondern sie zahlen auch dafür. Da der Prozentsatz der Ledigen unter ihnen größer ist als unter den Schweizern, zahlen sie insgesamt überdurchschnittliche Einkommenssteuern, beanspruchen aber im gesamten die Infrastruktur eher unterdurchschnittlich. Da die Fremdarbeiter in ihrer Mehrheit den jüngeren Altersklassen angehören, belasten die Ausländer z.B. die Spitäler und Heime sozusagen gar nicht mit den bei Einheimischen zahlreichen und langwierigen Alterskrankheiten.

Dazu kommt noch die hohe Erwerbsquote der Ausländer: Nach der Volkszählung 1960 waren von den männlichen Schweizern rund 64 % erwerbstätig, von den Schweizerinnen 24 %. Demgegenüber lag die Erwerbsquote für die Ausländer bei 82 % und für die Ausländerinnen bei 59 %, also sehr viel höher ...

Solche und ähnliche Fakten sollte man m.E. auch bedenken und auch daraus die Schlußfolgerungen ziehen, statt zu glauben, mit der Annahme der Schwarzenbach-Initiative löse sich alles von selbst. Warten auf Schwarzenbach – das bedeutete, daß vieles versäumt wür-

de, was *getan* und *so rasch wie möglich* getan werden sollte. Denn Schwarzenbach löst die Probleme nicht. Er macht die Lösung nur schwieriger und schiebt sie auf.

Eine neue Mission der Schweiz ?

Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, betone ich erneut, daß ich eine vernünftig gehandhabte Beschränkung der Ausländerzahl befürworte. Aber ich vermute, daß es in Zukunft das Los jedes hochindustrialisierten Landes sein wird, zunehmend mehr Fremdarbeiter zu benötigen. Man sagt zwar schon heute, es sei nicht normal, daß unsere Wirtschaft so vieler Fremdarbeiter bedürfe, denn in anderen vergleichbaren Ländern sei der Ausländeranteil viel geringer.

Bei solchen Vergleichen ist aber zu bedenken, daß mancherorts die «Fremdarbeiter» wohl da sind, und zwar auch in großer Zahl, jedoch weniger als Ausländer in Erscheinung treten. So scheint z.B. in Frankreich die Ausländerquote u.a. deshalb gering, weil die Algerier nicht als Fremdarbeiter zählen. In Westdeutschland hingegen erfuhr nach dem Krieg die Wirtschaft einen Zufluß an zusätzlichen Arbeitskräften durch Millionen von Flüchtlingen und sogenannter Vertriebener aus Ostgebieten und Ostdeutschland. Und im oft zitierten Schweden erfolgt mit staatlicher Unterstützung im Großen eine Umgruppierung der Bauernbevölkerung des Nordens in die Industrie des Südens ...

Was die Schweiz heute zu bewältigen hat bezüglich Fremdarbeiter, wird über kurz oder lang auch von anderen Industrienationen bewältigt werden müssen. Diese Prognose stellt auch Prof. Dr. Horst Wagenführ in seinem Buche «*Morgen leben wir anders*». Er schreibt u.a.: «... Obgleich man sparsam mit der menschlichen Arbeitskraft umgeht, weil sie kostspielig ist, wird an ihr in fast allen entwickelten Ländern eher ein Mangel als ein Ueberfluß bestehen, von manchen Ausnahmefällen und einigen Schwankungen abgesehen. In vielen europäischen Ländern wird man in großer Zahl ausländischer, auch farbiger, Arbeitskräfte bedürfen und sich rechtzeitig darauf, auch psychologisch, einstellen müssen. Wahrscheinlich werden wir im westlichen Europa Verhältnissen entgegengehen, wie sie die Schweiz schon heute kennt. Der laufende Zuwachs der erwerbs-

fähigen Bevölkerung ist z.B. in England, Westdeutschland, Schweden und Belgien, also in Ländern, deren Industrien am weitesten fortgeschritten sind, im Durchschnitt gegenwärtig nur halb so groß wie in den wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern, also in Italien, Spanien, Griechenland, Portugal und Irland.

Aber dieses europäische Arbeitsreservoir wird bald erschöpft sein. Auch die zuletzt genannten Länder werden in den nächsten Jahrzehnten in die Vollindustrialisierung hineinwachsen – mit Riesenschritten Italien –, und dann wird es auch dort zu wenig Arbeitskräfte geben. Was soll man dann tun? Es wird gar nichts anderes übrigbleiben, als daß die einheimischen Kräfte sich auf die führenden Posten und die des Middle Management begeben – was voraussetzt, daß ein geistiger Arbeitertyp mit hoher Intelligenz geschaffen wird, gleichsam ein Facharbeiter des Geistes, und die farbigen Völker aus Asien, Afrika, zum Teil auch aus dem südlichen Amerika, die ausführenden Arbeiten leisten oder in Wirtschaftszweigen tätig sind, die nicht zur Automation gehören ...»

Ich könnte mir vorstellen, daß im Blick auf solche Entwicklungen der Schweiz eine neue Mission heraufreift, eine Mission, die jener des Roten Kreuzes in der Bedeutung nicht nachsteht:

Die Schweiz, die seit Jahrhunderten das friedliche Zusammenleben von Angehörigen verschiedener Kulturkreise praktiziert, die Schweiz, die seit je eine große Zahl von Fremdarbeitern beschäftigte – die Schweiz könnte in Zukunft den andern Staaten ein Beispiel sein, wie ein Volk auf menschlich *anständige* Weise mit einer großen Zahl von Fremdarbeitern fertig wird.

Indessen: Die Lösung, wie die Initiative Schwarzenbach sie vorschlägt, dürfte alles andere als beispielhaft sein für andere Länder.

Schweizerisch:

Zurück nochmals zur Frage: Weshalb können Schweizer, an deren echt schweizerischen Haltung nicht zu zweifeln ist, *gegen* die Schwarzenbach-Initiative sein? Weshalb ist der doch traditionsgemäß so schweizerische «Nebelspalter» dagegen?

Vielleicht weil sie der Auffassung sind, Schweizerisches – sofern es erhaltenswert ist – müsse sich erhalten lassen auch unter fremden Einflüssen. Und weil sie der Auffassung sind, gerade die Initiative Schwarzenbach brächte wegen ihrer Mängel zuviel erhaltenswert Schweizerisches zum Verschwinden.

Der Nebelspalter kämpft weiter gegen Ueberfremdung dort, wo Ueberfremdung wirklich ist, und kämpft dagegen auf eine Art, deren man sich als Schweizer nicht zu schämen braucht. *Bruno Knobel*

Gegen Schmerzen
rasch ein

MALEX